

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr aus gegeben.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Schleswig-Holstein.

Die Weser-Zeitung enthält unter obiger Ueberschrift folgenden Artikel: „Wie ist doch die schleswig-holsteinische Sache so gründlich verfahren, so heillos in Bewirung! Ein Regiment, unter welchem in Dänemark selbst das äußerste Maß volksthümlicher Rechte, grundrechtlicher Freiheiten besteht, erkennt in den deutschen Ländern auch nicht den Schatten eines Rechts mehr an, und der gegenwirkende Schutz für die ständischen Rechte in Holstein soll nun von Mächten kommen, die sonst für ständische Rechte doch nicht gerade passionirt sind, und die Abhilfe in letzter Instanz steht beim Bundestage, der zu Gunsten ständischer Beschwerden einzuschreiten bisher nicht zu eifrig war. Gewiß eine seltsame Lage. Ein zweiter in gleicher Richtung charakteristischer Umstand ist es, daß von einer schleswig-holsteinischen Sache officiell nicht mehr die Rede ist. Man wende nicht ein, officiell habe davon auch in den Jahren 1815—48 nicht die Rede sein können, da immer nur Holstein deutsches Bundesland gewesen, Schleswig aber nicht. Die Untrennbarkeit der Herzogthümer, das Recht Holsteins auf Schleswig war die Brücke, die damals nach Schleswig hineinführte und das Land von deutscher Seite nicht völlig schutzlos ließ. Niemand wird leugnen, daß der Bundesbeschluß von 1846 gegen den Offenen Brief als beiden Herzogthümern gleichmäßig zugute kommend beabsichtigt und betrachtet wurde. Seit dem Londoner Protokoll steht für Preußen und Oesterreich die Sache in Bezug auf Schleswig völlig anders; mit der Anerkennung des Gesamtstaats haben sie dieses deutsche Land absolut schutzlos gelassen, jedes Recht, für dasselbe einzutreten, aufzugeben. Daß damit das öffentliche Rechtsbewußtsein in Deutschland im schroffsten Gegensatz steht, bedarf nur eines Hinweises: das deutsche Volk versteht wohl, was das heißt, «die schleswig-holsteinische Sache», aber «die holsteinische Sache» ist ihm ein Neues und, so Gott will, für immer Unbegreifliches. Diese Zusammenfassung ist nicht etwa eine willkürliche, tendenziös gemachte, sondern nur eine Anerkennung eines Jahrhunderte alten objectiven Sachverhalts, wie denn auch gewiß unter allen Schleswig-Holsteinern nicht Einer sein wird, dem es möglich wäre, in jenen neumodischen diplomatischen Sprachgebrauch sich hineinzuversetzen. Die Diplomatie findet sich also in dieser Beziehung mit der natur- und sachgemäßen Auffassung im Widerspruch, mit andern Worten: in einer Schwierigkeit. Endlich: mit dem Deutschen Bunde selbst stehen die deutschen Großmächte im Gegensatz; sie haben das Londoner Protokoll anerkannt, der Bund nicht; der Bund hat demnach bis jetzt unter keinen gesamtstaatlichen Konsequenzen zu leiden; er kann, wenn er will, immer noch auf den Standpunkt des Bundesbeschlusses von 1846 zurückkehren, die Zusammengehörigkeit von Schleswig und Holstein festhalten, und demgemäß von letzterem nach ersterem hinein seine Hand erstrecken. Dies kann er, sagen wir; nur daß, wenn er es thäte, Preußen und Oesterreich in ihrer Eigenschaft als Bundesstaaten anders zu stimmen haben würden, als sie es in ihrer europäischen Eigenschaft thun können. Dieser Gegensatz ist derart, daß er auf die praktische Behandlung der deutsch-dänischen Frage mehr noch als jene beiden ersten inneren Widersprüche hemmend und verwirrend einwirkt. Dem Bewußtsein davon einen Theil der Scheu zuzuschreiben, die man in Wien und Berlin vor einer Verhandlung dieser Frage am Bundestage empfindet, ist gewiß nicht gewagt, und so ist denn die Hülfe, die der Bundestag in der seinerseits ganz unzweifelhaft berechtigten Abweisung des (gestern erwähnten) Einspruchs der europäischen Diplomatie den österreichisch-preussischen Bemühungen leisten konnte, wiederum mit Bedenklichkeiten verknüpft, vor denen man vermutlich lieber ganz auf den etwaigen frankfurter Beistand verzichten wird. So steigern sich denn leider die Schwierigkeiten, welche die Rechtsforderungen Deutschlands umgeben, zu greifbarster Stärke. Kenner der schleswig-holsteinischen Frage haben sie längst gesehen. Schon vor Monaten hat es Weseler in seiner neulich erwähnten Schrift ausgesprochen, wie gering die Aussichten auf einen Erfolg der deutschen Diplomatie in Kopenhagen seien. «Man könnte auf den Gedanken kommen», schreibt er, «daß es noch Personen gibt, welche von einer Verwendung der preussischen Regierung eine Milderung des Looses der Herzogthümer erwarten; hat man doch auch von Notizen der deutschen Mächte gelesen, welche in Kopenhagen Eindruck gemacht haben sollten, namentlich was die Behandlung der vielbesprochenen Domänenfrage betrifft. Die große finanzielle Wichtigkeit dieser Frage zu bestreiten, würde von wenig Kunde der Verhältnisse zeugen; aber selbst angenommen, daß die dänische Regierung bewogen werden könnte, davon abzustehen, die Substanz der Domänen in den drei Herzogthümern von dem Gesamtstaat allmählig aufzuehren zu lassen, die Domänaleinkünfte für die gemeinschaftlichen Staatsausgaben zu verwenden, so wäre nur einer der unzähligen Beschwerden jener Lande abgeholfen, die eine Konsequenz des Gesamtstaats und der dänischen Herrschaft in demselben sind. In der That, der Theil der deutschen Presse, der hierin einen großen Sieg angeblicher Notizen deutscher Mächte sähe, wäre sehr bescheiden;

er hätte keine Ahnung davon, wie einem Volk zu Muthe ist, dem das Eisen in die Seele gestossen worden. Die Existenz solcher Notizen können wir weder behaupten noch bestreiten; man wird uns aber einen ferneren Beweis erlassen, daß die Dänen nicht geneigt sein werden, etwa darin ausgesprochenen Wünschen im Ernste Folge zu geben. Denn die Dankbarkeit ist keine politische Tugend» — am wenigsten eine dänische. Diese verständig resignirte Anschauung Weseler's wird man als richtig anerkennen. So hoch man auch die preussischen Bemühungen — die österreichischen sind nur ihr mattes Echo — anschlagen mag, einen größern Erfolg darf man von ihnen nicht erwarten, als etwa, daß Dänemark in der Domänenfrage eine kleine wirkliche Concession macht. Die dänische Frage muß anders angefaßt werden, wenn Deutschland zu seinem Recht kommen will.“

Deutschland.

— Aus Süddeutschland, 29. Nov. Die Situation ist im Allgemeinen noch immer von der Art, daß der Conjecturalpolitik ein weiter Spielraum bleibt. Ein Blick auf die öffentlichen Blätter zeigt, daß von dieser günstigen Gelegenheit, den politischen Scharfsinn zu üben, gleich einer Cassandra weiszusagen oder vom Stuhle der Pythia herab Orakelprüche zu thun, reichlicher Gebrauch gemacht wird. Da wir nicht zu den Privilegirten gehören, so beschränken wir uns auf Gruppierung, Andeutung und harmlose Stoffe. Obnehin ist der Publicistik leiser Schritt in Festschuhen zu empfehlen, seitdem die so unschuldige deutsche Presse Handgriffen ausgelegt ist, die selbst in den Augen der Frankfurter Postzeitung — und wir freuen uns dieser Humanität — etwas hartherziger Natur sind. Alle Zeitungsnachrichten stimmen darin überein, daß wegen der Donaufrage zwischen den Cabineten unterhandelt wird; dieselben variiren nur bezüglich der Bedingungen und Modalitäten, unter denen eine Verständigung in Aussicht stehen soll. Bald heißt es, daß Frankreich die englische Auffassung der Bolgradfrage unterstützen wolle, falls England seine Zustimmung zur Vereinigung der beiden Fürstenthümer gebe; bald sollen Bolgrad und die Schlangeninsel gar keine Streitfragen mehr sein, indem Rußland — und das wäre die summarischste Lösung des Knotens — auf beide Objecte verzichtet habe. Eine andere Meldung bezieht den Verzicht bloß auf Bolgrad und läßt die Schlangeninsel neutralisiren oder theilt sie der Türkei, als dem frühern Besitzer, wiederum zu. Auch verlautet davon, als wolle Rußland auf die Schlangeninsel Verzicht leisten und sich in Betreff Bolgrads damit begnügen, daß zwischen diesem Ort und dem See Jaspul die Grenze gezogen und durch einen Damm markirt werde. Begnügen wir uns vorläufig damit, daß Unterhandlungen im Gange sind und daß wir für unsere zeitweise Ruhe soviel wissen, es sei die Fortdauer der Occupation der Donaufürstenthümer und des Schwarzen Meeres, auch wenn sie der französischen Presse noch immer ein Dorn im Auge oder ein Pfahl im Fleische ist, doch in der maßgebenden Region bis auf Weiteres nachgesehen. Von der englischen Flotte im Schwarzen Meere, die unlängst Verstärkung erhielt, erfährt man unter Anderm, daß sie in Sinope überwintern wolle. Wir sind zwar weit entfernt, dem John Bull, besonders dann, wenn die Times das große Wort für ihn führt, Hintergedanken zuzutrauen, und allenfalls zu meinen, es könne eine Occupation auch nebenbei zur Maske für andere Schachzüge dienen; allein dennoch kommen uns unwillkürlich, sobald wir unsere Blicke auf die Karte richten, allerlei Dinge in den Sinn, als da sind: Kriegszug der Engländer von Ostindien aus gegen Persien; Krieg zwischen Persien und Afghanistan, einschließl. der Belagerung Herats; russische Hezereien hinter Persien; englische Aufreizungen hinter Afghanistan. Sefer-Pascha segt den Russen in Tcherkessen zu und England liefert Waffen dahin. Rußland dagegen vermehrt sein Heer im Kaukasus in auffallender Weise. England endlich grollt darüber, daß ein französischer Offizier die Geniearbeiten der Perser vor Herat leitet und daß der französische Gesandte am persischen Hofe nicht englisch genug ist. Werken wir aus alledem soviel aufs neue, daß in Asien der untilgbare Stoff zu Hader zwischen England und Rußland liegt und daß der schwerste Zusammenstoß dort für eine frühere oder spätere Zeit unvermeidlich ist. Mittlerweile fehlte es nicht an officiösen Versicherungen englischer- und französischerseits, daß die alte Allianz nicht allein ungeschwächt fortbestehe, sondern fester sei wie je. Hinter der bezüglichen Erklärung des Moniteur blieb jene der Morning Post nicht zurück, mit dem Beifügen, daß England und Frankreich gemeinschaftlich auf Erfüllung des Friedensvertrags bestehen würden. Andere Stimmen, welche das Bündniß gleichwol für mehr oder weniger innerlich gelockert halten, treten vor solchen Kundgebungen begreiflich zurück. Zu Manchester und in Guildhall sprach sich Lord Palmerston, dort mit einem tüchtigen Seitenhieb auf Rußland, entschieden in dem Sinne aus, daß der Friede von Europa erst dann auf sicherer und dauernder Unterlage beruhen werde, wenn die Pariser Friedensbedingungen getreulich erfüllt und ehrenhaft